

ARD ZDF Deutschlandradio  
Beitragsservice  
50656 Köln

Beitragsnummer: .....

## **Antrag auf Entbindung vom Rundfunkbeitragsstaatsvertrag und Einspruch gegen alle Ansprüche, die die ARD gegen mich geltend macht.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit diesem Schreiben fordere ich Sie auf, mich aus dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag aus den folgenden Gründen zu entbinden. Gleichzeitig lege ich aus denselben Gründen Einspruch gegen alle geltend gemachten Ansprüche der ARD gegen mich ein.

Sie erheben Ansprüche zur Finanzierung Ihrer Aufgaben u. a. des Auftrages i. S. des § 26 MStV gegen mich als Beitragsschuldner\*In i. S. v. § 2 RBStV. Sie sind aber gemäß § 51 (1) MStV verpflichtet, sich an eine verfassungsmäßige Ordnung zu halten, sowie die Bestimmungen des Medienstaatsvertrags zu achten. Diese wurden allerdings, insbesondere in Bezug auf die aktuellen Ereignisse in Palästina, von Ihren öffentlichen Rundfunkanstalten (ARD, ZDF etc.) in Ihren Berichterstattungen zahlreiche Male missachtet.

Sie sind gemäß § 6 (1) MStV in Ihren Berichterstattungen verpflichtet unabhängig und sachlich zu sein. In Ihren Berichterstattungen vernachlässigen Sie die Tatsache, dass Israel eine Besatzungsmacht ist, obwohl dieser Staat in seiner historischen Entstehung alle Kriterien einer Siedlungskolonie erfüllt. Sie ignorieren jeglichen Standpunkt, der versucht, diese Tatsache zu verdeutlichen. Dies sollte jedoch im Rahmen einer gewissenhaften und sachlichen Berichtserstattung im Zuge der Darstellung des sog. Nahostkonflikts nicht vernachlässigt werden, denn die Besatzung ist eine wesentliche Ursache des Konflikts.

Sie sind gemäß § 26 (2) MStV verpflichtet, objektiv zu sein. Sie stellen aber ohne Berechtigung jegliche Kritik an der israelischen Besatzungsmacht als Antisemitisch dar. Dies ist in den meisten Ihrer Berichterstattungen über Demonstrationen gegen die völkerrechtswidrige Besatzung Palästinas der Fall. Objektiv wäre es, wenn Sie zwischen Antisemitismus und berechtigter Kritik an der Besatzungsmacht unterscheiden, indem Sie beispielsweise über Demonstrationen in den USA oder in UK berichten, wo Muslime, Christen und Juden zusammen gegen das Kriegsverbrechen Israels protestieren.

Die meisten Ihrer Berichterstattungen über „importierten Antisemitismus“ erfüllen die inhaltlichen Merkmale einer Volksverhetzung i. S. v. § 130 StGB, indem Sie einer bestimmten Gruppe (den Migrant\*Innen) zu Unrecht vorwerfen, den öffentlichen Frieden durch ihren angeblichen antisemitistischen Hintergrund zu gefährden, nur weil diese Gruppe eine gerechtfertigte Meinung gegen die israelische Besatzungsmacht vertritt.

Sie sind gemäß § 26 (2) MStV in Ihren Berichterstattungen verpflichtet, Meinungsvielfalt ausgewogen darzustellen. Ihre Berichterstattungen sind jedoch *geschätzt zu 95 %* einseitig, und wenn zufällig jemand von der Gegenseite spricht, wird sie/er von dem/der Moderator\*In und den anderen Gästen verdrängt und durch Ihren Missbrauch des Gesetzes zur Bekämpfung

von Antisemitismus eingeschüchtert. Darüber hinaus wird der Teil vom Bericht, in dem jemand für die Gegenseite spricht, vom öffentlichen Archiv oder nach der Veröffentlichung auf YouTube wieder gelöscht.

Sie sind gemäß § 6 MStV zur Sorgfalt in Ihren Berichterstattungen und Diskussionsrunden verpflichtet, und dazu, Nachrichten auf Herkunft und Wahrheit zu prüfen. Die Kriegspropaganda von Netanjahu, dass israelische Kinder enthauptet wurden, wurde selbst vom amerikanischen Whitehouse dementiert. Ihre Moderator\*Innen haben diese Kriegspropaganda nicht erwähnt, aber wenn Ihre Gäste in den Diskussionsrunden oder befragte Menschen auf den Straßen von dieser Propaganda erzählten, wurden diese Lügen von den Moderator\*Innen nicht dementiert, dadurch tragen Sie effektiv dazu bei, Fake News zu verbreiten.

Sie haben gemäß § 26 (2) MStV die Grundsätze der Unparteilichkeit zu achten. Ihre skandalöse Parteilichkeit ist jedoch sehr offensichtlich und vor der öffentlichen Meinung nicht mehr zu verleugnen. Sie versuchen seit Jahrzehnten die Schattenseiten Israels, so gut es geht zu verdecken, und werden einem gewissenhaften Journalismus deshalb nicht gerecht. Im Folgenden will ich näher auf die Problematik Ihrer Parteilichkeit eingehen und diese an Beispielen aufzeigen.

Das Israel gedroht hat, die Hilfslieferungen nach Gaza zu bombardieren, ist der eigentliche Grund dafür, dass sich die Hilfslieferungen nach Gaza verspäten. In Ihren Berichterstattungen war jedoch eher zu entnehmen, dass die palästinischen und die ägyptischen Seiten die Schuld tragen.

Sie geben alles unhinterfragt wieder, was die Sprecher der israelischen Armee behaupten, obwohl viele Berichte von der israelischen Armee in der Vergangenheit als unwahr entlarvt wurden.

Als Israel ein Krankenhaus bombardiert hat, haben Sie die israelische Geschichte adoptiert und einen höchstumstrittenen Bericht als „Faktenlage“ veröffentlicht, wo Sie feststellen, es sei wahrscheinlicher, dass das Krankenhaus aufgrund von der Fehlleitung einer Rakete aus Gaza bombardiert wurde. Sie haben aber nicht berichtet, dass die israelische Armee vor dem Anschlag diesem Krankenhaus und sechs anderen Krankenhäusern gedroht hat. Sie haben auch nicht berichtet, dass kurz nach dem Anschlag ein israelischer Militärsprecher den Anschlag per Post auf Twitter zugegeben und diesen Post dann gelöscht hat, nachdem er die Reaktion der Welt wahrnahm. Ferner ist Ihre Adoption der Geschichte, dass eine von der palästinensischen Seite fehlgeleitete Rakete genau das Krankenhaus trifft, welches von Israel bedroht wurde, ein offensichtlicher Versuch, die Kriegsverbrechen Israels zu vertuschen. Sie, mit Ihrer einseitigen Berichterstattung und skandalöser Fälschung von Fakten, scheitern weiterhin daran, Ihre gesetzlichen Verpflichtungen zur Einhaltung journalistischer Standards nachzukommen, sodass Sie unmittelbar zur Kriegspropaganda beitragen.

Sie betonen immer wieder, dass Israel ein Recht auf Selbstverteidigung hat, wiederholen, dass die Zivilist\*Innen bewusst als Schutzschilder benutzt werden und schaffen somit ein völlig perveres Bild, indem Israel plötzlich nicht mehr verantwortlich für die tausenden Zivilist\*Innen ist, die sie durch ihre Bombardierung Gazas ermorden.

Als Rechtsfertigung für den von der israelischen Armee begangenen Massenmord an Zivilisten, nutzen Sie die Argumentation, dass die Zivilisten in Gaza als Schutzschilder benutzt werden und die israelische Armee keine zivilen Ziele anzugreifen beabsichtigt.

Human Rights Watch hat aber am 12.10.2023 berichtet, dass Israel weißen Phosphor in Gaza eingesetzt hat. Der Einsatz vom weißen Phosphor beweist die Unrichtigkeit Ihrer Behauptungen und zeigt, dass Israel die Zivilisten in Gaza bewusst angreift, denn der militärische Zweck für den Einsatz von Phosphorwaffen durch andere Waffen erfüllt werden kann, ohne dass Zivilisten unnötig leiden müssen.

Während tausende von Zivilisten in Gaza gerade getötet werden, schreiben Sie Artikel, in denen Sie pro-palästinensische Kundgebungen und Demonstrationen, die vor allem für das Stoppen des Völkermordes aufrufen, als antisemitisch diffamieren. Sie scheitern regelmäßig daran, Antisemitismus von Israelkritik zu differenzieren. Dadurch tragen Sie dazu bei, Bürger\*innen mundtot zu machen, da man jetzt Angst hat durch seine/ihre Israelkritik als Antisemit\*In dargestellt zu werden.

Ihre Logik, den Besatzer als Opfer darzustellen und den Besetzten zu entmenschlichen, ist ein Versuch Ihre Zuschauer für dumm zu verkaufen und fällt nicht mehr unter Meinungsbildung, sondern unter Volksverdummung.

Sehr geehrte Damen und Herren, Ihre Nachrichtenagenturen kommen mir aus den erwähnten Gründen und vielen anderen unerwähnten Gründen als Kriegspropagandisten für Kriegsverbrechen vor. Daher weigere ich mich an der Finanzierung für Medien, die den Krieg verherrlichen, soweit dieser Krieg im Interesse von korrupten Politikern\*innen ist, teilzunehmen. Medien, die sich an Verbreitung von Fake News und Kriegspropaganda beteiligen sind auch dazu bereit, Fakten zu verdrehen.

Der Krieg, den Sie zu rechtfertigen versuchen, tut nichts als Zivilisten und unschuldige Kinder in Gaza zu ermorden. Mich zu zwingen, Sie zu finanzieren, während Sie mich aufgrund meiner politischen Meinung diskriminieren, ist gegen meine Würde. Da Sie auch gegen Ihre gesetzlichen Verpflichtungen insbesondere hinsichtlich Ihres Auftrags i. S. v. § 26 MStV verstoßen haben, betrachte ich mich von dem Staatsvertrag für die Finanzierung Ihrer Aufgaben als entbunden.

Als Beweismittel meiner Anschuldigungen gegen Sie, weise ich Sie auf die Berichterstattungen und Diskussionsrunden Ihrer Rundfunkanstalten im Zeitraum zwischen dem 08.10.2023 und dem 25.10.2023 hin.

Ich bitte Sie, den Erhalt meines Schreibens zu bestätigen und die Bearbeitungsdauer vorauszusagen. Außerdem weise ich Sie daraufhin, dass Sie verpflichtet sind, meinen Antrag/Einspruch innerhalb einer angemessenen Frist zu bearbeiten.

Name: .....

Ort/Datum: .....

Unterschrift: .....